

KOMMUNE POLITIK WIRTSCHAFT

Daseinsvorsorge

Magazin für Entscheider in
kommunaler Politik und Wirtschaft

Eine gemeinsame Publikation von



BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAGM.





Ein Diesel, der elektrisiert.

Masterpiece of Intelligence: die E-Klasse Limousine als Plug-in-Hybrid. Der E 300 de* bringt Sie so sicher wie effizient ans Ziel. Die Kombination von Dieselmotor und kraftvollem Elektroantrieb ermöglicht lokal emissionsfreies Fahren. Aufgeladen wird die Batterie des Elektromotors entweder durch Bremskraftrückgewinnung während der Fahrt oder ganz einfach an der Steckdose. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mercedes-benz.de/behoerden

*Kraftstoffverbrauch, kombiniert, gewichtet: 1,7 l/100 km; CO₂-Emissionen, kombiniert, gewichtet: 41 g/km. Stromverbrauch, gewichtet: 20 kWh/100 km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

Mercedes-Benz

Das Beste oder nichts.



EDITORIAL — LIEBE LESERIN, LIEBER LESER

Die Herausforderungen für Kommunen und ihre Unternehmen sind enorm – Energiewende, Klimawandel, Modernisierung der Mobilität, Digitalisierung oder demographischer Wandel – und sie alle haben Auswirkungen auf unser Leben in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. In Berlin und Brüssel wird intensiv darüber diskutiert – aber Ideen entwickeln und umsetzen und Probleme lösen, das müssen wir am Ende bei uns vor Ort.

Dafür brauchen wir den Blick über den Tellerrand hinaus und einen deutschlandweiten Austausch zwischen Kommunen und kommunalen Unternehmen. Nicht jeder von uns muss das Rad neu erfinden, und vielleicht gibt es ja ein Stadtwerk oder eine Kommunalverwaltung, von der ich mir etwas abschauen oder mit der ich etwas gemeinsam machen kann.

Es freut mich, dass die Bayerische GemeindeZeitung, die DEMO und die ZfK diesen Austausch gemeinsam breit fördern wollen und dafür mit „KOMMUNE – POLITIK – WIRTSCHAFT. Magazin für Entscheider in kommunaler Politik und Wirtschaft“ ein neues und reichweitenstarkes Format zur Verfügung stellen.



Foto: Landeshauptstadt Mainz

Michael Ebling

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen, gute neue Ideen für ihre Arbeit vor Ort und freue mich bereits jetzt auf die nächsten beiden Ausgaben von „KPW“ in 2020.

Ihr

Michael Ebling

Oberbürgermeister von Mainz und Präsident des VKU

INHALT

<i>Bielefeld startet Glasfaser-Offensive</i>	4
<i>Gutes Betriebsklima – Interview mit Julia Samtleben, Bürgermeisterin von Stockelsdorf</i>	6
<i>Mobil-Flatrate in Augsburg</i>	8
<i>Müll im Straßenraum: Schulze will Hersteller zur Kasse bitten</i>	10
<i>Bauhof mehrfach ausgezeichnet</i>	12
<i>Kommunale Unternehmen als globale Akteure</i>	14

IMPRESSUM

Sonderveröffentlichung Kommune – Politik – Wirtschaft · Gemeinsame Beilage von DEMO, Bayerische GemeindeZeitung und ZfK

Projektleitung und Redaktion: Henning Witzel (V.i.S.d.P.), ASK GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin

Anzeigen: Kerstin Böhm, ASK.Berlin · Rudolf Gruber, VKU Verlag · Constanze von Hassel, Bayerische GemeindeZeitung

Layout: ASK.Berlin · **Titelbild:** urbans78/stock.adobe.com

Druck: Baumann Druck GmbH & Co. KG, E.-C.-Baumann-Straße 5, 95326 Kulmbach · **Erscheinungstermin:** Dezember 2019

BIELEFELD STARTET GLASFASER-OFFENSIVE

“

„Mit der Glasfasertechnologie sind wir bestens gerüstet, auch Übertragungsraten zu ermöglichen, die jetzt noch gar nicht denkbar sind.“

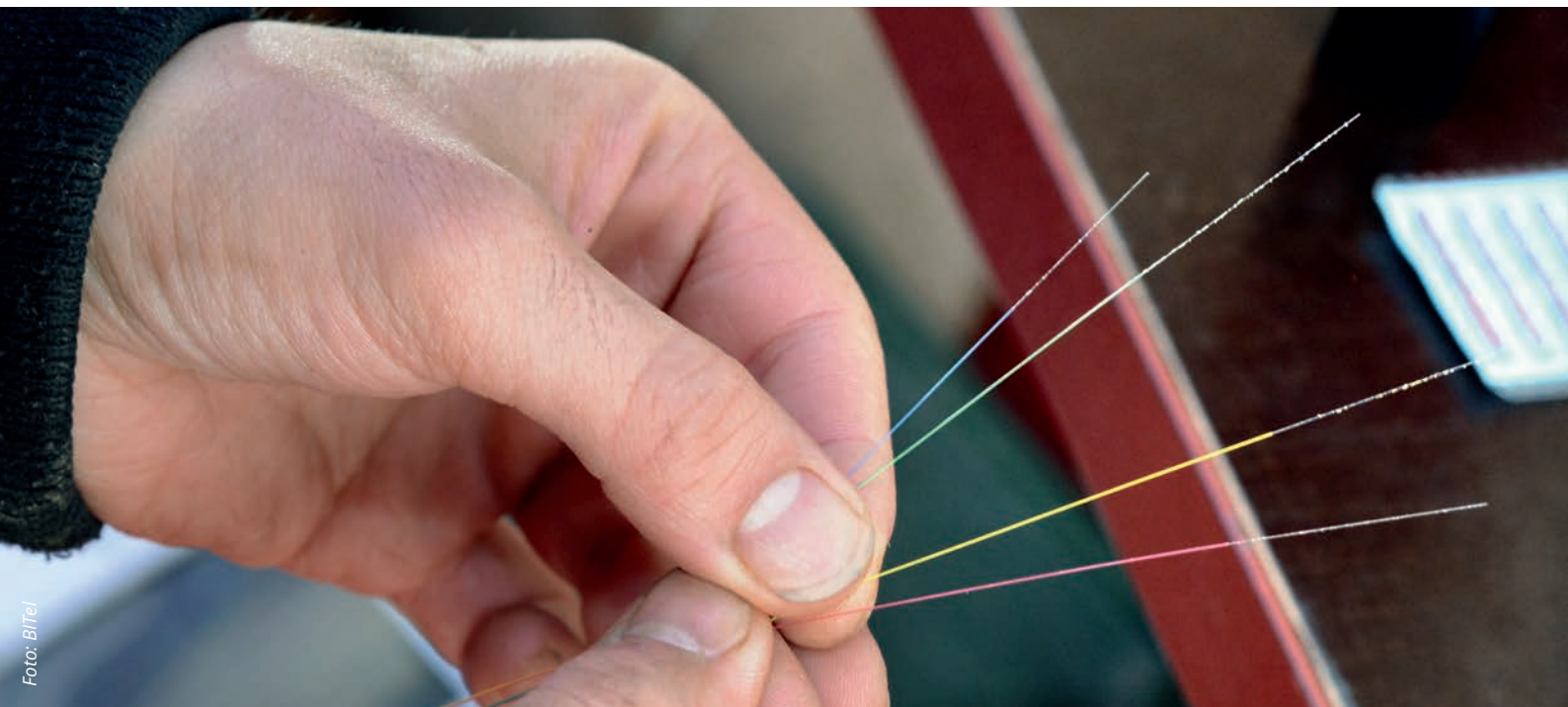


Foto: BITel

VON STEPHANIE GUST

In zehn bis zwölf Jahren soll es in der nordrhein-westfälischen 330.000-Einwohner-Stadt ein flächendeckendes Glasfaserangebot geben.

Dazu haben die Stadtwerke und ihre Telekommunikationstochter BITel mit dem eigenwirtschaftlichen Ausbau in verschiedenen Gebieten der Stadt begonnen. Verlegt werden Glasfaserleitungen bis in die Gebäude. „Aktuell können wir uns vielleicht manchmal noch nicht vorstellen, wie viel Leistung unsere Internetanschlüsse einmal bringen müssen. Mit der Glasfasertechnologie sind wir aber bestens gerüstet, auch Übertragungsraten zu ermöglichen, die jetzt noch gar nicht denkbar sind“,

betont Sarah Leffers, Geschäftsführerin der BITel. Und BITel-Geschäftsführer Thomas Primon pflichtet ihr bei: „Die Digitalisierung hält in ganz vielen Lebensbereichen Einzug und kann unseren Alltag tatsächlich in vielerlei Hinsicht einfacher machen. Dafür brauchen wir aber erst einmal eine vernünftige Infrastruktur. Wenn wir zum Beispiel über die Mobilität der Zukunft in unseren Städten sprechen, die vernetzt sein soll, dann müssen wir dafür auch die Grundlage schaffen.“

FORTSCHRITTE BEIM AUSBAU

Die Stadtwerke Bielefeld sind hier aktiv dabei: Im vergangenen Jahr begann der Ausbau in Sudbrack. Das Gebiet ist inzwischen mit rund 1.440 Hausanschlüssen komplett erschlossen.

Parallel begannen auch die Bauarbeiten im Gewerbegebiet rund um die Gildemeisterstraße. Dort ist der Tiefbau für rund 40 Betriebe und Privathaushalte ebenfalls beendet. Ebenfalls fertig ist das Gewerbegebiet Fabrikstraße, wo 19 Unternehmen ans Glasfasernetz angeschlossen wurden.

In Bielefeld-Altenhagen haben die Bauarbeiten bereits begonnen. Dort werden Privat- und auch Gewerbekunden rund um die Brönnighausen Straße und die Vinner Straße angeschlossen. Auch in Brake laufen erste Breitband-Bauarbeiten.

EXTRA FÖRDERPROGRAMM FÜR WEIßE FLECKEN

Hinzu kommen die weißen Flecken, die sich in Bielefeld vor allem in den ländlich geprägten Randlagen des Stadtgebietes, auf dem Höhenzug des Teutoburger Waldes und in Gewerbegebieten befinden. Bis Frühjahr 2022 möchten die Stadtwerke und BiTel rund 1.900 Gebäude, darunter auch Gewerbeunternehmen und rund 60 Schulen sowie weitere Einrichtungen ans schnelle Internet anschließen. Durch eine Änderung der Förderbestimmungen gelang es außerdem, nachträglich unterversorgte Schulstandorte in das Programm aufzunehmen. Für den Ausbau stellen Bund und Land NRW jeweils 50 Prozent der Gesamtfördersumme von rund 23,3 Mio. Euro zur Verfügung. Da sich die Stadt in der Haushalts-sicherung befindet, wird der Eigenanteil in Höhe von zehn Prozent vom Land übernommen.

EIN GBIT/S FÜR SCHULEN

Für die 1.900 Gebäude und Schulen braucht es insgesamt 330 Kilometer Breitbandtrasse. Davon werden 145 Kilometer in klassischem Tiefbauverfahren verlegt. Um die Arbeiten zu beschleunigen, wollen die Stadtwerke auf etwa 180 Kilometern vorhandene Freileitungen und Leerrohre mitnutzen.

Damit im Frühjahr 2022 der Ausbau dann auch wirklich fertig ist, arbeiten außerdem mehrere Baukolonnen gleichzeitig – so wie jetzt in den ersten beiden Ausbaugebieten.

„Wo heute noch mit weniger als 30 Mbit pro Sekunde gesurft wird, sind nach dem Ausbau für Privatsleute 400 Mbit/s und für Unternehmen und Schulen sogar mindestens ein Gbit/s vorgesehen. Ein echter Quantensprung“, freut sich Oberbürgermeister Pit Clausen.

“

„Die Digitalisierung hält in ganz vielen Lebensbereichen Einzug und kann unseren Alltag tatsächlich in vielerlei Hinsicht einfacher machen.“

GRUNDLAGE FÜR WEITERE DIGITALE ANGEBOTE

Für die Stadtwerke Bielefeld ist es ihr bisher größtes Infrastrukturprojekt. Insgesamt 280 Millionen Euro will das Unternehmen in den Ausbau des Glasfasernetzes in Bielefeld investieren. Der Kommunalversorger legt damit die Grundlage für die Umsetzung weiterer digitalen Angebote, die mit der Stadt zusammen ausgebaut werden sollen. Geplant ist beispielsweise eine Smart-City-Plattform, die alle digitalen Aktivitäten der Stadt und der Stadtwerke bündelt.

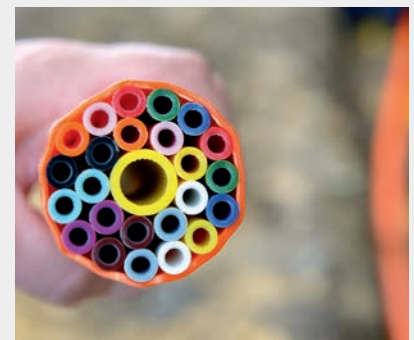


Foto: BiTel



GUTES BETRIEBSKLIMA

Julia Samtleben (39) wurde im März 2018 mit einem Vorsprung von 19 Stimmen auf ihren Mitbewerber zur neuen Bürgermeisterin von Stockelsdorf (Schleswig-Holstein) gewählt. Die diplomierte Juristin ist damit eine der wenigen Bürgermeisterinnen in Deutschland. Wir fragen sie über ihre Ideen für Kommune und kommunale Wirtschaft.

Die Herausforderungen für die Kommunen sind enorm. Was sind die drei wichtigsten Themen, mit denen Sie sich als Bürgermeisterin beschäftigen müssen?

Infrastruktur (digital und analog, Verkehr, Mobilität, Barrierefreiheit), Bürgerservice (Kitausbau, Schulbetreuung, Schulsanierung, transparente Verwaltungsarbeit) und natürlich die Kommunalfinanzen. Die Kommunen müssen vom Land besser ausgestattet werden. In Schleswig-Holstein steht die FAG-Reform an, die leider nach jetzigem Stand keine Besserung verspricht. Im Gegenteil.

Kommunale Infrastruktur muss immer wieder erneuert werden und alleine die Energiewende erfordert einiges an Veränderung. Was bedeutet das bei Ihnen vor Ort?

Stockelsdorf hat eine große Ausdehnung in der Fläche und ein dementsprechendes Straßennetz. Stockelsdorf hat Straßenausbaubeiträge abgeschafft, aber alleine für den Straßenausbau einen geschätzten Mindestbedarf von einer Million Euro pro Jahr. Radwege sind Mangelware. Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED ist teilweise erfolgt. Breitband liegt eher in unseren Dörfern als im Ortskern. Wir haben uns gemeinsam mit Lübeck als digitale Modellregion beworben.

Welche Rolle spielen dabei die Gemeindewerke?

Das Thema Breitbandausbau wurde von den Gemeindewerken in der Nachbetrachtung in der Vergangenheit vernachlässigt. Die Gemeindewerke betreiben das Gasnetz, verkaufen als Stromhändler Ökostrom und sind durch eine Tochtergesellschaft Betreiber mehrerer kleiner Blockkraftheizwerke. Diese sind noch mit Gas betrieben. Hier wird es in Zukunft erforderlich sein, auf erneuerbare Energien zu setzen. Die Gemeinde-

werke haben Pläne, sich im Bereich Solarthermie und E-Mobilität (Vertrieb von Wallboxen) zu engagieren.

Stichwort demografischer Wandel, welche Dimension hat der für Stockelsdorf?

Für die nächsten Jahren werden konstante Geburtenraten vorhergesagt. Das heißt, es ist zunächst ein steigender Bedarf im Bereich der Kindergärten und Schulen zu erwarten. Bei der Ausstattung und Erweiterung achten wir auf multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten. D. h. der Sportverein nutzt abends die Betreuungsräume in den Grundschulen für Seniorengymnastik und Yoga. Am wichtigsten sind aber barrierefreie Wohnmöglichkeiten in allen Preiskategorien, moderne Mobilitätskonzepte, Sammeltaxen, Leihräder, Mitfahrbänke und Mitfahrapps, um den Menschen auch in dörflicher Lage (Stockelsdorf liegt zwar in unmittelbarer Nähe zu Lübeck, weitet sich aber mit 10 dazugehörigen Dörfern in einem ca. 10 km großen Radius aus) möglichst lange eine autarke Lebensweise zu ermöglichen.

Wie finden Sie die richtigen Leute für die Verwaltung?

Meine Mitarbeiter sind motiviert und es herrscht ein gutes Betriebsklima. Das spricht sich rum. Wir investieren in das Thema Gesundheitsmanagement, bieten Sportkurse, gemeinsame Sportveranstaltungen, stattdessen die Büros mit höhenverstellbaren Schreibtischen aus. Die Mitarbeiter können sich ihre Arbeit im Rahmen der Gleitzeit zwischen 6 Uhr und 20.00 Uhr weitestgehend frei einteilen. Außerdem bin ich auch Seiteneinsteigern ohne klassische Verwaltungslaufbahn zugetan.

Und wie motivieren Sie Ihre Mannschaft?

Ich hoffe, durch mein Vertrauen, dass ich ihnen auf ihre Arbeit bezogen entgegenbringe – sie machen nämlich alle einen sehr guten Job – und durch die zuvor dargestellten Maßnahmen.

MIT KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN



Packen Sie lokale Herausforderungen gemeinsam an

Klimawandel, Migration, Mobilität, Digitalisierung – Zukunftsfragen lösen Kommunen leichter in Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise beim Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de

MOBIL-FLATRATE IN AUGSBURG: HANDY-TARIF FÜR MOBILITÄT

“

„Wir gehen mit der Mobil-Flat völlig neue Wege im Nahverkehr. Zusammen mit neuen Abrechnungsmodellen für den ÖPNV ist das die Zukunft im Nahverkehr.“

VON HEINZ WRANESCHITZ

Man merkt Geschäftsführer Walter Casazza an: Er ist absolut sicher, diese neue Flatrate seiner Stadtwerke Augsburg (SWA) wird ein voller Erfolg.

Soweit bekannt, ist es bundesweit bislang einmalig, dass in einer Stadt in einem einzigen Tarif Busse und Straßenbahnen, Carsharing (also Leih-Autos) und Leihräder zusammengeführt sind. „Alles aus einer Hand“, in diesem Fall aus jener der SWA, die all diese Mobilitätssysteme ohnehin schon im Angebot hat.

MOBILITÄTSVERHALTEN

Ein Jahr lang haben die Verkehrsbetriebe das Mobilitätsverhalten von 50 Testnutzern analysiert. Ausgewertet hat die Ergebnisse ein Wissenschaftler der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH Zürich. Unter den Testern war auch ein Redakteur der Augsburger Allgemeinen. Seine „Motivation ist auch finanzieller Natur: Laut ADAC kostet ein Mittelklassewagen jeden Monat zwischen 500 und 700 Euro. In dieser Summe stecken



neben dem Anschaffungspreis und Benzin auch Versicherungen, Kfz-Steuer sowie Werkstatt- und Reifenkosten. Das ist viel Geld für etwas, das den größten Teil der Zeit nicht genutzt wird.“

„Aus den durch die Tester gesammelten Daten haben wir zwei Angebotspakete geschnürt, die für den Kunden einen echten Mehrwert bedeuten“, erklärt SWA-Geschäftsführer Casazza. Bei diesen beiden „Mobilitäts-Paketen“ orientieren sich die Augsburger an Mobiltelefon-Flatrates: Dort ist heutzutage meist das unbegrenzte Telefonieren komplett enthalten; das nutzbare Online-Datenvolumen entscheidet letztlich oft über den Preis. Und so ist es auch bei beiden Angeboten.

MOBIL-FLATRATE

Das sogenannte „Mobil-Abo Innenraum für den Nahverkehr“ ist beide Male ebenso dabei wie die kostenfreie Nutzung der SWA-Leihräder mehrmals am Tag, jeweils bis zu 30 Minuten. Die Preis-Differenz zwischen 79 und 109 Euro im Monat kommt von den Unterschieden beim Carsharing: Bei der günstigeren „SWA Mobil-Flat S“ sind 15 Stunden, beziehungsweise 150 Kilometer Auto-nutzung enthalten, bei der „SWA Mobil-Flat M“ dagegen sind bis zu 30 Stunden Autofahrt drin, und das sogar ohne Kilometerbeschränkung. Das reine „Mobil-Abo Innenraum“ kostet übrigens aktuell 52,50 Euro im Monat.

Da die Stadtwerke ihre 200 Leih-Autos aller Fahrzeugklassen in Augsburg und der Region über mehr als 70 Standorte verteilt haben, sollte aktuell sichergestellt sein, dass bei Bedarf auch immer ein Car zum Sharing bereitsteht. Im SWA-Leih-Fuhrpark sind übrigens auch neun Elektroautos dabei, die nicht fest auf Stationen verteilt sind; die Augsburger nennen das System „Freefloating“.

Für SWA-Geschäftsführer Casazza sprechen eine Reihe Argumente für das gemeinsame Nutzen eines Autos:

Ein Carsharing-Fahrzeug ersetze sieben Privatfahrzeuge. Und für die sei ohnehin kaum Platz in Innenstadträumen: Die Parkplätze seien meist belegt und die Luft verpestet. „Ich glaube, dass wir das richtige Angebot haben, um Menschen anzusprechen, die ihr Verkehrsverhalten ändern wollen.“



Foto: Bernd Jaußmann/SWA

FAKT IST:

Besonders in Städten verzichten immer mehr, vor allem junge Menschen auf das eigene Auto. In Augsburg selbst sind sie mit Bus und Straßenbahn mobil. Will man bei schönem Wetter an den Badeweiher, reicht oft das Fahrrad. Doch für den Wocheneinkauf im Großmarkt, für den Ausflug am Wochenende zu den Schwiegereltern mit Kind und Kegel wäre ein Auto schon nicht so schlecht.

Das alles, „flexibel mobil sein, das ist heute das A und O. Und mit unserer Mobil-Flat können Sie das“, wirbt die SWA-PR-Abteilung. Ein Mobilitätsweg, der sich auch anderswo lohnen könnte.



Weitere Informationen unter:
swa.to/mobilflat

“

„Ich glaube, dass wir das richtige Angebot haben, um Menschen anzusprechen, die ihr Verkehrsverhalten ändern wollen.“

KOMMUNEN WERDEN ENTLASTET

MÜLL IM STRAßENRAUM: ____ SCHULZE WILL HERSTELLER ZUR KASSE BITTEN

VON CARL-FRIEDRICH HÖCK

Kommunen müssen zunehmend Geld für die Müllbeseitigung im öffentlichen Raum ausgeben. Umweltministerin Svenja Schulze will die Hersteller von Fast-Food-Verpackungen oder Getränkebechern an den Kosten beteiligen.

Sich unterwegs einen Kaffee im To-Go-Becher und ein verpacktes Sandwich kaufen – das ist bequem und für viele Menschen Alltag. Doch der Müll, der so entsteht, macht den Kommunen zu schaffen. Papierkörbe im öffentlichen Raum müssen immer häufiger geleert werden. Auch auf den Straßen und Plätzen landen zunehmend Einwegprodukte als Abfall.



Foto: Alexander Bepaly/stock.adobe.com

„KOSTEN TRAGEN WIR ALLE“

Für diese Entwicklung müssen die Städte und Gemeinden teuer bezahlen, stellte Bundesumweltministerin Schulze schon Mitte August 2019 bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem VKU-Präsidenten Michael Ebling zum Thema „Saubere Städte und mehr Herstellerverantwortung für Wegwerfprodukte“ fest. „Die Kosten für die Reinigung, die tragen wir alle. Und diese Kosten steigen.“ Das unterstrich auch Ebling: Die Kosten der Stadtreinigung würden nämlich über die Straßenreinigungsgebühren und die kommunalen Haushalte finanziert.

Ebling ist auch Oberbürgermeister der Stadt Mainz. Dort sei die Müllmenge im öffentlichen Straßenraum binnen fünf Jahren um 150 Tonnen jährlich gestiegen, sagt er. Es gebe mittlerweile kaum noch eine Stadt, in der nicht auch sonntags die Papierkörbe geleert würden.

NEUE EU-RICHTLINIE

Die Umweltministerin will die Hersteller von Einweg- oder Wegwerfartikeln in Zukunft direkt an den anfallenden Kosten beteiligen. Genau das sieht auch eine EU-Einweg-Kunststoffrichtlinie vor, die im Mai 2019 von den Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde.

Zum Hintergrund: Bereits jetzt müssen die Hersteller von Verpackungen zwar für deren Entsorgung zahlen, indem sie Lizenzgebühren an die Dualen Systeme entrichten. Doch diese holen nur den Müll ab, den die Verbraucher in die heimische Wertstofftonne geben. Was im öffentlichen Straßenraum landet, wird nicht von den Dualen Systemen entsorgt, sondern von der kommunalen Stadtreinigung. Die erhält von den Lizenzgebühren nichts.

AUCH FÜR ZUSÄTZLICHE ABFALLBEHÄLTER SOLLEN HERSTELLER ZAHLEN

Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket enthält eine umfassende Änderung wichtiger EU-Richtlinien im Abfallbereich. Es ist im Juli 2018 in Kraft getreten und muss bis Juli 2020 in deutsches Recht umgesetzt werden. Svenja



Foto: BMU/phototek/Thomas Trutschel

Bundesumweltministerin Svenja Schulze

Schulze plant nun, das Kreislaufwirtschaftsgesetz anzupassen. Das BMU hat im August 2019 dazu einen ersten Referentenentwurf an die beteiligten Kreise gesandt.

Die Änderungen bedeuten für die kommunale Abfallwirtschaft in Deutschland zwar keinen grundlegenden Wandel und werden vom VKU, in dem die meisten kommunalen Abfallunternehmen organisiert sind, im Grundsatz begrüßt. An wichtigen Punkten fordert der Verband in einer Stellungnahme vom September jedoch Anpassung im Detail.

Ziel ist es, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, um Hersteller auch an den Entsorgungskosten im öffentlichen Straßenraum zu beteiligen. Dazu sollen genaue Zahlen ermittelt werden, was an Wegwerfprodukten in den Papierkörben sowie auf Straßen und Parks endet. Hierfür hat der VKU eine repräsentative Studie in Auftrag gegeben.

Die vom VKU ermittelten Zahlen werden in den Gesetzgebungsprozess einfließen, kündigt Schulze an. Sie betreffen die Hersteller von Fast-Food-Verpackungen, Getränkebechern, dünnen Plastiktüten und Zigarettenfiltern. Sie sollen anteilig an den Kosten beteiligt werden, die für die öffentliche Sammlung, die Bereitstellung der Abfallbehälter sowie die anschließende Entsorgung anfallen. Die Kommunen werden entsprechend entlastet.

BAUHOF

MEHRFACH AUSGEZEICHNET



Foto: Erich Spahn

VON EVA MITTNER

In den vergangenen 25 Jahren hat sich der Anteil der in Holzbauweise errichteten Gebäude nahezu verdreifacht. Lag der Anteil früher nur bei sechs Prozent, entstehen heute etwa 18 Prozent aller Neubauten in Holzbauweise. Immer interessanter wird diese Bauweise auch für den kommunalen Sektor. Beispielhaft hierfür steht der im Jahr 2017 eröffnete und 2018 mit dem Bundespreis „Holzbau Plus“ ausgezeichnete Bauhof Sengenthal.

Der im Zuge der Internationalen Grünen Woche in Berlin gewürdigte Betriebshof für nachhaltige Architektur befindet sich im oberpfälzischen Landkreis Neumarkt. Ausgezeichnet wurde das Holzgebäude im Bereich „Gewerbliches Bauen – Neubau“.

Eine Vergrößerung und Modernisierung des alten Bauhofes war nötig

geworden. Die Gemeinde Sengenthal hatte sich daher für einen modernen und nachhaltigen Neubau entschieden. So entstand 2017 ein ebenerdiges Gebäude, dessen abgestuftes Dach eine offene Lagerbühne sowie die durch Trennwände unterteilten Nutzräume beherbergt. Im Verwaltungsbereich wurden die Büros und Sozialräume der Mit-

arbeiter untergebracht. Für die betrieblichen Relevanzen entstanden im weiteren Gebäudetrakt eine Fahrzeughalle für Spezialfahrzeuge, Werkstätten, Technikraum und Magazine sowie das überdachte Lager, welches gleichzeitig zur direkten Durchfahrt dient. Im hinteren Gebäudebereich wurde zusätzlich ein Streusalzdepot erstellt.

VERKNÜPFUNG VON FUNKTIONALITÄT UND INTERESSANTER ARCHITEKTUR

Die Dachkonstruktion ist ein schlankes Rippentragwerk, das mit einer darunter montierten Mehrschichtplatte verbunden ist. Durch das sich zum Hang hin erhöhende Dach passt sich der Komplex in seiner Form optimal in die umliegende Umgebung ein. Diese spannende Optik entspringt den Plänen von Architekt Michael Kühnlein Junior aus Berching. Das ausführende Unternehmen, die Hecker Holzsystembau GmbH aus Berching, ist Mitglied in der seit knapp 30 Jahren deutschlandweit aktiven Gruppe ZimmerMeisterHaus®.

Das überspannende Dach des Bauhofs hat eine Tragweite von insgesamt 25 Metern. Das Tragsystem aus Holzrippen wurde im Verbund mit Mehrschichtplatten entwickelt, was die statische Trägerhöhe auf 30 cm reduziert. Auf diese Weise entstand eine durchgängig wirtschaftliche Konstruktion. Bis auf die integrierte Waschhalle wurde der gesamte Bauhof Sengenthal in massiver Holzständerbauweise errichtet.

ZUKUNFTSORIENTIERT GROßZÜGIG GEBAUT

Der rechteckige Baukörper wurde nicht unterkellert, sondern auf einer Stahlbetonbodenplatte errichtet. Er misst über seine gesamte Gebäudefläche etwa 67 x 20 Meter. Hinzu kommt das topografisch bedingt versetzte Streugutlager, welches eine Gesamthöhe von 11,15 Metern erreicht. Das Bauhofgebäude selbst schafft es im höchsten Bereich auf ca. 5,7 Meter Höhe. Im Inneren, über dem Verwaltungstrakt gelegen, befinden sich eine offene Lagerbühne sowie der Technikraum, welcher über eine interne Treppe erreichbar ist.

ÄSTHETISCH HOHER ANSPRUCH MIT ZEITLOSER AUSSTRAHLUNG

Die mögliche Vorfertigung der Holzkonstruktion erlaubte eine rasche und witterungsunabhängige Montage. Bei der in weiten Teilen sichtbaren Rohbaukonstruktion aus Betonwänden und Decken aus Brettsperholz wurde auch im Inneren ein Schwerpunkt auf Ästhetik gelegt.



„Das Tragsystem aus Holzrippen wurde im Verbund mit Mehrschichtplatten entwickelt, was die statische Trägerhöhe auf 30 cm reduziert.“

ENERGIERELEVANT ERRICHTET

Für die benötigte Wärme sorgt eine Fußbodenheizung – die durch eine Luftwärmepumpe betrieben wird. Die große Fahrzeughalle wurde mit Sektionaltoren ausgestattet. Diese doppelwandigen Tore sind im Hinblick auf die Wärmedämmung keine Schwachstelle mehr – im Gegenteil: Sie bieten erhebliche Vorteile durch ihre Robustheit, den Einbruchschutz und die guten Dämmwerte. Hinzu kommt u. a. die natürliche Belichtung.

Das fünf Meter auskragende Vordach an der Südseite verhindert eine sommerliche Überhitzung der Innenräume. Zusätzlich hat man mit einer Zisterne die Regenwassernutzung für die Waschhalle, Reinigung der Fahrzeuge und Geräte gesichert. Beim Bau wurde ausschließlich mit regionalen Firmen zusammengearbeitet (im Umkreis von 15 km). Durch die gute Belichtung der Halle, Beheizung, Dämmung und ordentliche Rettungsweggestaltung wären auch andere Nutzungen möglich. Die Energieeinsparverordnung, der Energiestandard nach EnEV 2016, wurde bei diesem Projekt spielend erfüllt. Dennoch wurde für das Flachdach die Aufrüstung einer PV-Anlage geplant.



Weitere Informationen unter:

www.zmh.com, www.hecker-hsb.de und www.kuehnlein-architektur.de

KOMMUNALE UNTERNEHMEN

ALS GLOBALE AKTEURE

“

„Wir haben ein riesiges Know-how in den städtischen Beteiligungsgesellschaften, beispielsweise in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, und Stromversorgung.“

VON BURKHARD VIELHABER

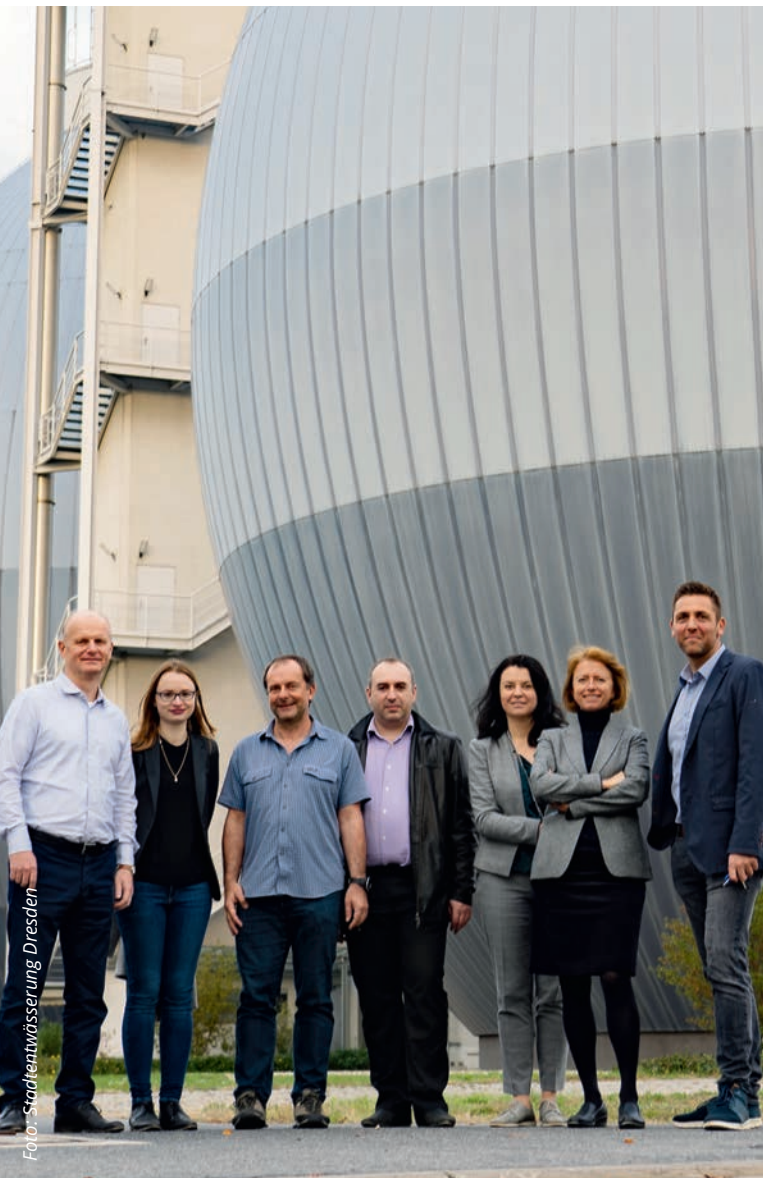
Den Blick über das eigene Versorgungsgebiet hinaus weiten: über Möglichkeiten und Chancen des entwicklungspolitischen Engagements in globaler Verantwortung.

„Wir haben ein riesiges Know-how in den städtischen Beteiligungsgesellschaften, beispielsweise in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, und Stromversorgung“ bringt der ehemalige Bürgermeister von Erlangen und ehrenamtliche Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik, Prof. Dr. Balleis, es auf den Punkt, warum Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller ausdrücklich für mehr Engagement kommunaler Unternehmen auf vielen Foren wirbt.

VIELSEITIGES ENGAGEMENT

Das Engagement kommunaler Unternehmen – wie auch das Förderinstrumentarium hierzu – ist inzwischen sehr vielseitig: Es reicht von fairer Beschaffung, z. B. von Arbeits- und Schutzkleidung, über einen kollegialen Erfahrungsaustausch zwischen deutschen Unternehmen und Unternehmen des globalen Südens, über Beratungseinsätze, z. B. im Rahmen bestehender Kommunalbeziehungen, bis hin zu Betreiberpartnerschaften, die von den Unternehmen autonom durchgeführt werden.

Dabei unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des Entwicklungsministeriums die Unternehmen als



Die Delegation aus dem ukrainischen Lviv besuchte das Klärwerk Kaditz in Dresden

Service- und Beratungseinrichtung. Sie arbeitet auch eng mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zusammen. Der VKU hat eine „Koordinationsstelle kommunale Entwicklungspolitik“ eingerichtet, berät hierüber seine Mitgliedsunternehmen und stimmt sich mit der SKEW ab.

FÖRDERINSTRUMENTARIUM

Neben dem „klassischen“ Förderinstrumentarium hat die SKEW teils in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) neue Instrumente eingeführt, die speziell auf kommunale Unternehmen ausgerichtet sind:

Die Internationale Städteplattform Connective Cities fördert über Dialogforen den Erfahrungsaustausch und Kooperationen zwischen deutschen und internationalen Expertinnen und Experten, so beispielsweise in der Veranstaltung „Plastikabfälle – Der Beitrag kommunaler Abfallwirtschaft zur Lösung des Problems“ im Dezember diesen Jahres.

Die „Betreiberplattform zur Stärkung von Partnerschaften kommunaler Unternehmen weltweit“ unterstützt derzeit Kooperationen in der Wasserwirtschaft zwischen vier Unternehmen aus der Ukraine, Marokko, Jordanien und Sambia und neun deutschen Unternehmen. Das Pilotvorhaben wird in Zusammenarbeit mit der German Water Partnership und dem VKU durchgeführt.

Die Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ stärkt die Aufnahmekommunen syrischer Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon und in der Türkei. Sie vermittelt zeitlich begrenzte Partnerschaften in der öffentlichen Daseinsvorsorge und verspricht über „Schnellstartpakete“ eine unkomplizierte Förderung.



Wer macht was? Und wie läuft es? Bei einer länderübergreifenden Gruppenarbeit konnten die Teilnehmenden des Netzwerktreffens Kommunale Projektpartnerschaften der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ (IKKN) in Erlangen sich vertieft austauschen.

PARTNERSCHAFTEN

Deutsche Unternehmen profitieren neben dem Erfahrungsaustausch vor allem durch den Perspektivwechsel – den Blick über das eigene Versorgungsgebiet hinaus. „Einmal etabliert, können sich Partnerschaften dynamisch entwickeln – denn Experten verstehen sich, auch wenn sie nicht dieselbe Sprache sprechen“, so Gunda Röstel, kaufmännische Geschäftsführerin der Stadtentwässerung Dresden GmbH.



Weitere Informationen unter:
skew.engagement-global.de

KONTAKT

Engagement Global gGmbH

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)
Tulpenfeld 7 · 53113 Bonn · Tel.: 0228 20 717-670
service-eine-welt@engagement-global.de

“

„Einmal etabliert, können sich Partnerschaften dynamisch entwickeln – denn Experten verstehen sich, auch wenn sie nicht dieselbe Sprache sprechen.“



Handyparken

Ohne Stress, ohne Kleingeld, ohne Parkscheinautomaten!
einfach. bequem. preiswert.

Deutschlands günstigster Anbieter

mobilet.de

